

DOI: 10.5771/0342-300X-2018-5-429

**(Un-)Gerechte
(Un-)Gleichheiten**

Herausgegeben von

Steffen Mau und

Nadine M. Schöneck

edition suhrkamp

SV

**STEFFEN MAU / NADINE M.
SCHÖNECK (HRSG.):****(UN-)GERECHTE
(UN-)GLEICHHEITEN**edition suhrkamp,
Berlin 2015ISBN 978-3-518-12684-4
208 Seiten, 16 €

Das Thema Ungleichheit ist spätestens seit der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise auch in Deutschland in aller Munde. Es wird sowohl in der Wissenschaft als auch in der Gesellschaft darüber debattiert, ob die Verteilung bzw. der Zugang zu Ressourcen gerecht ist, wie sich dies im Laufe der Zeit geändert hat und welche Konsequenzen daraus gezogen werden müssen. Das Thema ist Gegenstand unzähliger Leitartikel, Talkshows und auch Bücher. Welchen Beitrag zur Debatte leistet also noch der im Jahr 2015 bei edition suhrkamp erschienene Sammelband „(Un-)Gerechte (Un-)Gleichheiten“ von Steffen Mau und Nadine M. Schöneck? Kurzgefasst: Einen guten Überblick über den aktuellen Stand der Debatte in Deutschland. Er ist gerade für Leserinnen und Leser spannend, die einen Einstieg in die Ungleichheitsthematik suchen; er hilft aber auch denjenigen, die schon etwas tiefer in der Debatte stecken, ihre Argumente zu schärfen. Den beiden Herausgebern ist es gelungen, 19 hochkarätige Autorinnen und Autoren aus der Soziologie, der Geschichts-, Politik-, Wirtschafts- und Rechtswissenschaft zu versammeln. An der Auswahl kritisieren kann man, gerade bei einem Buch zum Thema Ungleichheit, dass der Geschlechterproporz unausgewogen ist: Der Band versammelt vier Autorinnen im Verhältnis zu 14 Autoren.

Neben fünf einführenden Beiträgen werden sieben Felder der Ungleichheit ausführlicher erörtert: Bildung, Markt, Sozialstaat, Geschlechter, Erbschaften, Migration und Demokratie. Zu jedem Bereich finden sich zwei Beiträge, die überwiegend kontrovers geschrieben sind. Es prallen liberale, konservative und sozialdemokratische Weltanschauungen aufeinander. Ein gutes Beispiel hierfür: das Kapitel zum Erben. Bereits in den Überschriften werden die Fronten deutlich – „Besteuert die Erben!“ fordert Jens Becker (S.145ff.) und Thomas Straubhaar (S.154ff.) kontert „Hände weg vom Erbe!“. Becker argumentiert, dass Erbschaften (und Schenkungen) leistungslos erworbenes Vermögen sind, die die „Vermögensungleichheit [...] von Generation zu Generation weiter“ tragen und damit auch die Privilegien, die mit Vermögensbesitz einhergehen. Er erörtert, warum trotzdem nur eine Minderheit der Deutschen für eine Erhöhung der Erbschaftsteuer ist. Zum einen argumentiert er, dass viele Menschen schlicht nicht wissen, wie ungleich die Erbschaften verteilt sind und folglich von einer (höheren) Besteuerung nur eine Minderheit betroffen wäre. Zum anderen können die aktuell Vermögenden aufgrund von (politischer) Macht den aktuellen Diskurs rund um das Thema (Erbschaft-)Steuern lenken. Einen weiteren wichtigen Grund sieht er darin, dass die meisten Transfers innerhalb der Familie fließen und somit unmittelbar mit dem Tod eines (sehr) nahestehenden Menschen zusammenhängen; ein staatlicher Eingriff zu so einem sensiblen Zeitpunkt erscheint somit als „problematisch“. Zudem bedeutet die Besteuerung von Erbschaften auch einen Eingriff in das „Prinzip des individuellen Privateigentums [...] der Erblasser“. Auch im Be-

reich der Wirtschaft sieht er ähnliche Gegensätzlichkeiten. Zum einen bedeutet die Nichtbesteuerung von Unternehmenserbschaften eine gesicherte „unternehmerische Kontinuität“. Zum anderen muss sie volkswirtschaftlich nicht automatisch die beste Entscheidung sein, „schließlich gibt es keinerlei Garantie dafür, dass der eigene Nachwuchs tatsächlich auch für das Management einer Firma geeignet ist“. Becker fordert eine Besteuerung von Erbschaften mit dem persönlichen Einkommensteuersatz.

Straubhaar argumentiert, dass die Erbschaftsteuer eine Substanz- und Mehrfachbesteuerung darstellt und zudem an vielen Stellen fiktive Werte besteuert werden müssen, da nicht immer „beobachtbare Marktpreise“ vorliegen. Weiter führt er ins Feld, dass die Eltern Konsumverzicht zugunsten ihrer Kinder geübt haben, er plädiert deshalb dafür, den Konsum und nicht die Erbschaften zu besteuern. Dies sei auch ganz im Sinne einer „nachhaltigen Politik“, da so der „heutige Genuss verteuert, der Verzehr gedämpft und die Vermögensbildung attraktiver“ würde. Die Besteuerung von Erbschaften bezeichnet Straubhaar zudem als Enteignung und als Eingriff „in die Autonomie von Familien“ sowie als „Angriff auf die bürgerliche Gesellschaft“. Aus seiner Sicht wird mit einer Erbschaftsteuer nichts für die Gerechtigkeit gewonnen, denn „es bleibt eine Illusion zu glauben, dass eine Schwächung der Starken die Schwachen stärkt“. Becker hingegen schlussfolgert, dass „[a]ngesichts der unerwünschten sozialen und politischen Konsequenzen einer immer ungleicheren Vermögensverteilung [...] die pietätvolle, weitgehende Steuerbefreiung der Erben großer Vermögen ein Ende finden“ soll. Die Leserinnen und Leser müssen also am Ende selbst entscheiden, welche der beiden Argumentationsketten schlüssiger ist und eher dem eignen Wertesystem sowie politischer Weltanschauung entspricht.

Der Sammelband beansprucht, zu beantworten, „wo Ungleichheit in Ungerechtigkeit umschlägt“, „welche Ungleichheiten wir brauchen, welche vehement bekämpft werden sollten“ und „auf welche Weise wirksam gesteuert werden kann“. Beim Lesen wird deutlich, dass das Thema Ungleichheit mit all seinen Facetten nicht nur komplex wirkt, sondern auch ist. Vor allem aber wird deutlich, dass kein Einvernehmen darüber herrscht, was als „(dis-)funktionale Ungleichheit“ gilt. Und somit noch weniger darüber, was in einem nächsten Schritt getan werden muss oder eben auch nicht. Einige der Autorinnen und Autoren des Bandes verweisen (zu Recht) darauf, dass diese Entscheidungen „der Gesellschaft“ obliegen. Die Crux daran: Genau an dem darüber zu führenden gesellschaftlichem Diskurs, so erfährt man, beteiligen sich nicht mehr alle – abstinert bleiben vor allem die unteren Schichten. Der Grund dafür: die gestiegene Ungleichheit. ■

ANITA TIEFENSEE, BERLIN